



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 18/1849

Ein klares NEIN zu sozialistischen und nationalistischen Irrwegen!

1. Der Landtag distanziert sich von allen Überlegungen und Bestrebungen, in Bayern und in Deutschland sozialistische oder nationalistische Irrwege zu beschreiten.
2. Der Landtag bekennt sich zur freiheitlich demokratischen Grundordnung und damit zu unserer verfassungsmäßigen Ordnung, deren Kernbereich die Grundrechte sind. Der Landtag verurteilt daher Aktionen, die geeignet sind, diese Ordnung in Frage zu stellen.
3. Der Landtag lehnt explizit Vorschläge zur Verstaatlichung, Vergemeinschaftung oder Vergesellschaftung privatwirtschaftlicher Unternehmen wie BMW ab; auch die Enteignung privater Wohnungseigentümer ist nicht Gegenstand bayerischer Politik.
4. Der Landtag stellt fest, dass die von den Parlamenten und Regierungen des Bundes sowie der Länder getragene Soziale Marktwirtschaft die unverzichtbare Grundlage für den Wiederaufbau Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg und die Schaffung von Wohlstand durch die Menschen und Unternehmen war und dies bis heute ist.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident